

Volksvertreter sind risikofreudiger als das Volk

Von Moritz Heß, Christian von Scheve, Jürgen Schupp und Gert G. Wagner

In der Politik sind wie im Geschäftsleben oft riskante beziehungsweise gefährliche Entscheidungen zu treffen, bei denen die Ergebnisse nur schwer oder gar nicht prognostizierbar sind. Da Menschen in ihren Einstellungen gegenüber Risiken und Gefahren variieren, ist es vernünftig, dass in Lebensbereichen, die unterschiedlich riskante Entscheidungen erfordern, Menschen mit unterschiedlichen Risikoeinstellungen tätig sind. So wurde schon immer beobachtet, dass Unternehmer ein höheres Maß an Risikofreude zeigen als abhängig Beschäftigte. Für diesen Bericht wurde Ende des Jahres 2011 mit Hilfe einer statistischen Erhebung die Risikoeinstellung von Mitgliedern des Deutschen Bundestags (MdB) ermittelt. Demnach sind diese weit überdurchschnittlich risikofreudig; sie sind sogar deutlich risikofreudiger als Selbständige. Man kann dies kritisch sehen: Politiker sind bereit, höhere Risiken einzugehen, als es die Bevölkerung im Durchschnitt tun würde. Insofern sind Politiker keine repräsentativen Vertreter des Volkes. Wir interpretieren diesen Befund jedoch positiv, als eine gesellschaftlich sinnvolle „Arbeitsteilung“ zwischen Bürgern, Wählern und Politikern im Rahmen einer repräsentativen Demokratie, die Risikofreude und Macht institutionell begrenzt.

Wie sich Menschen in riskanten und unsicheren Situationen entscheiden, hängt unter anderem von ihrer Neigung ab, Risiken einzugehen.¹ So wird zum Beispiel seit langem vermutet, dass selbständig Erwerbstätige risikofreudiger sind als abhängig Beschäftigte. Empirische Studien bestätigen dieses Bild.² Grundsätzlich spielt das Ausmaß der individuellen Risikofreude bei der Berufswahl eine Rolle.³ Angesichts solcher Befunde liegt es nahe zu fragen, ob und wie sich die Berufsgruppe der Politiker von ihren Wählern unterscheidet.

Sollten Politiker im Hinblick auf die Risikoneigung möglichst ähnlich sein wie ihre Wähler beziehungsweise die Bevölkerung insgesamt, da in Demokratien Politiker ja vom Volk das Mandat der Interessenvertretung erhalten? Oder sollte es auch bei der Repräsentation des Volkes in den Parlamenten und Regierungen eine Art „Arbeitsteilung“ in Gestalt ausgeprägter Unterschiede geben? Eine solche Arbeitsteilung ließe sich zum Beispiel dadurch begründen, dass es in der Politik sehr oft unübersichtliche Situationen und Zielkonflikte gibt und ohne eine überdurchschnittliche Risikofreude Entscheidungen nur schwer zu fällen sind.

Hypothese

Über die Risikofreude von Politikern gibt es seit Jahrhunderten Spekulationen und Anekdoten. Weltweit liegen jedoch so gut wie keine repräsentativen empirischen Studien dazu vor. Eine aktuelle Studie für die USA zeigt, dass sich Menschen mit risikofreudigen Einstellungen eher an politischen Sitzungen beteiligen, Flugblätter

¹ Für einen Literaturüberblick und eine ausführliche Beschreibung der Erhebung und ihrer Analyse vgl. Heß, M., von Scheve, C., Schupp, J., Wagner, G.G. (2013): Sind Politiker risikofreudiger als das Volk? Eine empirische Studie zu Mitgliedern des Deutschen Bundestags, SOEPpaper Nr. 545, DIW Berlin.

² Caliendo, M., Fossen, F., Kritikos, A. (2011): Selbständige sind anders: Persönlichkeit beeinflusst unternehmerisches Handeln. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 11/2011.

³ Bonin, H. et al. (2007): Cross-sectional Earnings Risk and Occupational Sorting: The Role of Risk Attitudes. *Labour Economics*, 14 (6), 926–937.

verteilen und Wahlkampf betreiben.⁴ Die Autorin erklärt dies mit der Freude an Neuem und an der Aufregung, die im politischen Engagement zu finden ist und eher von risikofreudigen Menschen gesucht wird. Für politisch lediglich interessierte beziehungsweise politisch festgelegte Menschen zeigt eine Auswertung der vom DIW Berlin zusammen mit TNS Infratest Sozialforschung erhobenen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), dass diese „politischen Menschen“, die etwa ein Viertel der Bevölkerung in Deutschland ausmachen, insgesamt etwas risikofreudiger sind als unpolitische Menschen.⁵

Obwohl die Literatur spärlich ist,⁶ kann man aufgrund der theoretischen Überlegungen vermuten, dass Berufspolitiker aufgrund ihrer Berufswahl risikofreudigere Einstellungen haben als der Durchschnitt der Bevölkerung. Unklar ist, ob Politiker auch risikofreudiger sind als Selbständige, die ja ebenfalls oft vor unübersichtlichen Problemen und Entscheidungen stehen.

Empirische Analyse

Zur empirischen Analyse von Berufspolitikern wurden die Risikoeinstellungen von Mitgliedern des 17. Deutschen Bundestags (MdB) in einer schriftlichen Befragung im Winter 2011 erhoben.⁷ Von den insgesamt 620 angeschriebenen Abgeordneten haben 175 MdB den schriftlichen Fragebogen beantwortet, was einer Rücklaufquote von 28,2 Prozent entspricht⁸ und angemessene Rückschlüsse auf die Gesamtheit aller Bundestagsabgeordneten erlaubt, da die soziodemographische Zusammensetzung dieser Stichprobe weitgehend mit der aller MdB übereinstimmt.

Der Fragebogen setzte sich aus zwei thematischen Schwerpunkten zur Soziodemographie sowie zur Risikoeinstellung und zum Vertrauen zusammen. Der erste Schwerpunkt enthielt Fragen zu Geschlecht, Alter, höchstem Bildungsabschluss und dem Beruf, der vor der Zeit als MdB ausgeübt wurde. Mit einer Fra-

Tabelle

Risikoeinstellungen¹ von Bundestagsabgeordneten und der Bevölkerung in Deutschland

	Bundestag 2011	SOEP alle Befragten 2009	SOEP Selbständige 2009
Allgemeines Risiko			
Durchschnitt	6,4	3,7	4,5
Standardabweichung	1,68	2,23	2,12
Anzahl	173	17 522	1 058
Autofahren			
Durchschnitt	4,4	3,0	3,7
Standardabweichung	2,29	2,59	2,57
Anzahl	174	16 512	1 050
Geldanlagen			
Durchschnitt	3,6	1,9	2,7
Standardabweichung	2,12	2,17	2,42
Anzahl	172	17 394	1 057
Sport und Freizeit			
Durchschnitt	5,0	3,2	3,8
Standardabweichung	2,15	2,63	2,62
Anzahl	175	17 185	1 052
Berufliche Karriere			
Durchschnitt	6,5	3,2	4,9
Standardabweichung	1,83	2,7	2,75
Anzahl	175	15 326	1 043
Gesundheit			
Durchschnitt	5,0	2,7	3,4
Standardabweichung	2,3	2,46	2,55
Anzahl	172	17 519	1 056
Vertrauen in Fremde			
Durchschnitt	5,6	3,1	3,9
Standardabweichung	2,08	2,38	2,46
Anzahl	170	17 530	1 056
Politische Entscheidung			
Durchschnitt	6,0	-	-
Standardabweichung	1,94	-	-
Anzahl	172	-	-

¹ Selbsteingeschätzt auf einer Skala von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit).

Quellen: MdB-Befragung 2011; SOEP v27; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Bundestagsabgeordnete sind in allen Kategorien noch risikobereiter als Selbständige.

⁴ Kam, C. D. (2012): Risk Attitudes and Political Participation. American Journal of Political Science 56 (4), 817-836.

⁵ Wagner, G. G. (2012): Wie entscheiden Politiker? Spektrum der Wissenschaft, Sonderheft 1, 79.

⁶ Heß, M. et al. (2013), a. a. O.

⁷ Für eine ausführliche Beschreibung der Erhebung und detaillierte Ergebnisse vgl. Heß, M. et al. (2013), a. a. O.

⁸ Dem eigentlichen Fragebogen wurde ein Anschreiben und ein Rücksendeumschlag beigelegt, da sich diese Elemente als essentiell für hohe Ausschöpfungsraten in postalischen Befragungen erwiesen haben. Das personalisierte und handschriftlich unterzeichnete Anschreiben enthielt einen Bezug zur Ankündigung-E-Mail, eine Beschreibung der Studie, die Zusicherung von Datenschutz und Anonymität sowie die Bitte um Teilnahme. Um die Rücklaufquoten substanziell zu erhöhen, wurde im Anschreiben auch mitgeteilt, dass der verantwortliche Studienleiter für jeden ausgefüllten und zurückgesandten Fragebogen fünf Euro an die Deutsche Kinderkrebsstiftung der Deutschen Leukämie-Forschungshilfe spendet.

ge nach dem Ort des Schulbesuchs wurde die Sozialisation in Ost- oder Westdeutschland erhoben. Zuletzt wurden die MdB nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag sowie nach einer möglichen Vorstandsmitgliedschaft in ihrer Partei oder ihrer Bundestagsfraktion befragt.

Auf eine Frage nach der Partei- beziehungsweise Fraktionszugehörigkeit wurde bewusst verzichtet, um eventuelle Bedenken der Abgeordneten, dass ihre Antworten sowie die Ergebnisse der Studie für parteipolitische

Zwecke genutzt werden könnten, von vornherein gegenstandslos zu machen.

Der zweite Schwerpunkt enthielt Fragen zur Risikoeinstellung. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der allgemeinen Bevölkerung, das heißt mit den Daten des SOEP, wurden die Fragen analog zu den entsprechenden Fragen im SOEP gestaltet. Auf einer Skala von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit) gaben die Befragten den Grad ihrer allgemeinen Risikoneigung an sowie ihre Risikoeinstellung in den Bereichen Autofahren, Geldanlagen, Freizeit und Sport, berufliche Karriere, Gesundheit und Vertrauen in fremde Menschen. Zudem wurde eine weitere Frage zur Risikoneigung bei politischen Entscheidungen gestellt (Tabelle).⁹

Hinsichtlich der Risikoeinstellungen der Bundestagsabgeordneten zeigt sich, dass Mitglieder des Bundestags – erwartungsgemäß – risikofreudiger als die Bürger sind, die sie im Parlament vertreten. Es ist unwahrscheinlich, dass dies auf strategisch verzerrten Antworten der Abgeordneten beruht, da bezüglich Risikoeinstellungen keine wünschenswerten Normvorstellungen bekannt sind.¹⁰

⁹ Die SOEP-Fragen sind inzwischen vielfach validiert worden und werden mittlerweile in anderen Surveys weltweit repliziert. Für die Entwicklung der Fragen, einer grundlegenden Validierung und erste Ergebnisse vgl. Dohmen, T. et al. (2011): Individual Risk Attitudes: Measurement, Determinants and Behavioral Consequences. *Journal of the European Economic Association*, 3 (9), 522-550. Neben den direkten Selbsteinschätzungen findet sich im SOEP und im MdB-Fragebogen als Instrument zur Messung der Risikoeinstellung auch eine Frage zu einer hypothetischen Lotterie. Hier müssen die Befragten angeben, welchen Teil einer fiktiven Summe von 100 000 Euro sie in eine Geldanlage investieren würden, bei der sie mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit die Investition verdoppeln können oder aber die gesamte Investition verlieren (Antwortkategorien: 100 000, 80 000, 60 000, 40 000, 20 000 Euro oder keine Investition).

¹⁰ Selbst wenn man zum Beispiel annimmt, dass die Abgeordneten insgesamt so risikofreudig sind wie der Durchschnitt der erwachsenen Bevölkerung und nur die überdurchschnittlich risikofreudigen an der Befragung teilgenommen haben, dann müssten die 445 Abgeordneten, für die keine Angaben vorliegen, extrem risikoavers sein; mit einem Durchschnittswert auf der 11er-Skala von 2,68, was deutlich unterhalb des Bevölkerungsschnitts läge. Dieser Aussage liegt diese einfache Modell-Rechnung zugrunde: Die Summe der Risikofreude aller Bundestagsabgeordneten würde $620 \times 3,72 = 2\,306,4$ betragen, wenn alle Abgeordneten im Durchschnitt so risikofreudig sind wie die erwachsene Bevölkerung insgesamt (= 3,72). Da für 175 Abgeordnete das Risikogewicht aber ausweislich der Erhebung 1 113 beträgt ($175 \times 6,36$), bleibt ein Rest-Gewicht von 1 193,4, das sich auf 445 nicht an der Erhebung teilgenommenen Abgeordneten verteilt und eine durchschnittliche Risikoneigung von 2,68 ergibt ($1\,193,4 / 445$). Diese Extremwertberechnung wäre ein sehr unwahrscheinliches Ergebnis; deutlich plausibler ist vielmehr die Annahme (gestützt durch die Verteilungen der demographischen Angaben), dass die Erhebung der Abgeordneten nicht verzerrt ist. Auch dann, wenn man annehmen würde, dass die Abgeordneten im Durchschnitt so risikofreudig sind wie Selbständige, ergibt sich für die Rest-Kategorie der 445 Nichtteilnehmer ein unplausibel niedriger Wert der Risikofreude von 3,78, der nahe am Gesamtdurchschnitt aller Erwachsenen liegt. Dieser Wert von etwa 3,8 ergäbe sich auch, wenn man von der durchschnittlichen Risikoneigung ausgeht, die im Jahr 2011 (nach der Finanzkrise) im SOEP angegeben wird. Das heißt, dass die Angaben der MdB derart weit oben liegen, dass sie sich in jeder plausiblen Rechnung von den Angaben der Gesamtbevölkerung unterscheiden.

Für die 175 Abgeordneten, die gültige Angaben machten, liegen die Durchschnittswerte in den meisten Risikokategorien um oder über dem Mittelpunkt der Skala, der bei 5 liegt. Ausnahmen bilden die Risikoeinstellungen in den Bereichen Geldanlagen¹¹ und Autofahren. Hier weisen Bundestagsabgeordnete eher risikoaverse Einstellungen auf. Die risikofreudigste Einstellung gaben die Abgeordneten für die Bereiche berufliche Karriere¹² und politische Entscheidung sowie bei der allgemeinen Risikoeinstellung an. Die hohe Risikofreude im Beruf stützt also auch die These der gezielten Berufswahl, denn auch Selbstständige weisen deutlich risikofreudigere Einstellungen auf als der Durchschnitt der Bevölkerung. Angesichts dieser Ergebnisse kann man mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass Bundestagsabgeordnete weit überdurchschnittlich risikofreudig sind. Dies gilt sowohl gegenüber den wahlberechtigten Deutschen (mit einem Mittelwert für die allgemeine Risikoneigung von 3,8) wie für die nichtwahlberechtigten Wohnbürger (3,6).

Angemerkt sei, dass im Jahr 2009, das im SOEP ausgewählt wurde, weil nur dann die Risikoeinstellungen in verschiedenen Lebensbereichen erfragt wurden, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise die allgemeine Risikoneigung ungewöhnlich niedrig war. Aber selbst im Jahr 2011, in dem als Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung der Wert 4,5 von den Befragten angegeben wurde, war der Abstand zu dem Wert 6,4 der MdB außerordentlich deutlich und statistisch hochsignifikant.

Zudem zeigt sich, dass die Differenzen in den Risikoeinstellungen zwischen allen SOEP-Befragten und den Selbständigen über alle Risikodomänen hinweg recht gleich sind. Die Risikoeinstellungen der Bundestagsabgeordneten weisen hingegen eine größere Streuung auf (Abbildung).

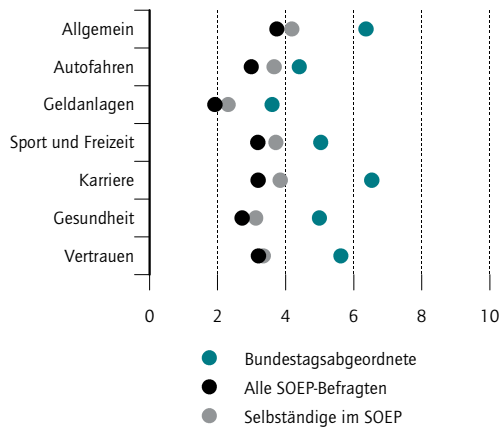
Am wenigsten unterscheiden sich die Risikoeinstellungen der drei Gruppen im Bereich Autofahren, am deutlichsten fallen die Unterschiede im Bereich der beruflichen Karriere aus. Hier ist auch die Differenz zwischen allen SOEP-Befragten und den Selbständigen am größten, was als weiteres Indiz für die Hypothese der gezielten Berufswahl gewertet werden kann. Sowohl Selbständige als auch Politiker suchen im Ver-

¹¹ Damit stimmt überein, dass die große Mehrheit der befragten MdB eine Investition bei der hypothetischen Lotteriefrege ausschlägt, vgl. Tabelle 2 in Heß, M. et al. (2013), a. a. O.

¹² Dieser Befund steht nicht im Widerspruch zur öffentlichen Meinung, die davon ausgeht, dass Politiker eigennützig und dabei risikovermeidend handeln. Denn selbst dann, wenn die öffentlichen Urteile stimmen würden, sind politische Karrieren – trotz aller denkbaren Vermeidungsstrategien – riskanter und gelegentlich gefährlicher als unpolitische Karrieren. Einige wenige Jahrzehnte andauernde politische Karrieren sind nicht repräsentativ und verzerren die öffentliche Meinung.

Abbildung

Risikoeinstellungen¹ von Bundestagsabgeordneten (2011) und der Bevölkerung (2009) in Deutschland



¹ Selbsteingeschätzt auf einer Skala von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit).

Quellen: MdB-Befragung 2011; SOEP v27; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Viel größere Risiken als die Bevölkerung sind Bundestagsabgeordnete bereit in Karrierefragen zu tragen.

gleich zur restlichen Bevölkerung im Beruf mehr Risiko beziehungsweise sind risikotoleranter. Wobei dies für Politiker noch mehr gilt als für Selbständige. Es bleibt einer vertieften Analyse überlassen, ob Selbständige, die in besonders riskanten Geschäftsfeldern tätig sind, ähnlich risikogeneigt sind wie Bundestagsabgeordnete. Weiterhin kann noch untersucht werden, ob angestellte Manager in Spitzenpositionen auch überdurchschnittlich risikofreudig sind.

Die deskriptiven Analysen erlauben zunächst nur, erste Tendenzen abzuleiten. Für eine aussagekräftigere Prüfung ist es notwendig, Drittvariablen zu berücksichtigen, welche die Risikoeinstellung beeinflussen, wie beispielsweise das Geschlecht und das Lebensalter. Aus diesem Grund wurde eine Reihe von Regressionsanalysen mit der abhängigen Variable „Risikoeinstellung in unterschiedlichen Bereichen“ durchgeführt. Die zentrale unabhängige Variable ist die Mitgliedschaft im Bundestag. Als Kontrollvariablen werden Alter, Geschlecht, Bildung und allgemeines Vertrauen berücksichtigt. In den Regressionsanalysen werden lediglich Bundestagsabgeordnete und SOEP-Befragte analysiert, die selbständig erwerbstätig sind. Diese enge Vergleichsgruppe wurde gewählt, da Selbständige den Bundestagsabgeordneten hinsichtlich des beruflichen Risikos am ähnlichsten sind und gefunde-

ne Unterschiede in der Risikoneigung deswegen besonders aussagekräftig sind.¹³

Die statistisch signifikanten Ergebnisse zeigen, dass die Bundestagsabgeordneten in sämtlichen abgefragten Bereichen signifikant risikofreudigere Einstellungen aufweisen als die vom SOEP befragten Selbständigen.¹⁴ Diese überdurchschnittliche Risikofreude ist nicht mit Unterschieden in Geschlecht, Alter, Bildung und Vertrauen erklärbar. Besonders starke Effekte zeigen sich bei der allgemeinen Risikoeinstellung und der Risikoeinstellung im Bereich der beruflichen Karriere. Insgesamt werden die deskriptiven Analysen durch die Regressionsanalysen bestätigt, die deswegen hier nicht im Detail dargestellt werden.¹⁵

Die Ergebnisse zeichnen ein überaus klares Bild: Die im Winter 2011 durchgeführte Erhebung bei Abgeordneten des Deutschen Bundestags zeigt, dass Bundestagsabgeordnete über nahezu alle erhobenen Indikatoren und Risikodomänen hinweg signifikant risikofreudigere Angaben machen als die allgemeine Bevölkerung beziehungsweise selbständig Erwerbstätige, deren Einstellungen mit Hilfe des vom DIW Berlin erhobenen SOEP ermittelt wurden. Der Befund gilt insbesondere für Einstellungen im Bereich der beruflichen Karriere.

Man kann daher vorsichtig schlussfolgern, dass sich aufgrund ihrer Berufswahl eher solche Menschen in der Berufspolitik finden, die riskante Entscheidungen zumindest nicht scheuen.

Bewertung

Was kann die risikofreudigere Einstellung von Politikern für das politische System und die Gesellschaft insgesamt bedeuten? Aus einer pessimistischen Sicht könnte man beklagen, dass überdurchschnittlich risikofreudige Politikerinnen und Politiker bei wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen unnötige Risiken in Kauf nehmen, deren mögliche negative Folgen dann die gesamte Gesellschaft zu tragen hat. So ließe sich auch argumentieren, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in solchen riskanten Entscheidungssituationen

¹³ Wir haben zudem separate Regressionsanalysen mit MdB und allen SOEP-Befragten durchgeführt, die noch deutlichere Unterschiede zeigen, hier aber nicht gesondert berichtet werden. Diesem Entschluss liegt die Überlegung zugrunde, dass, sofern zwischen MdB und Selbständigen (die im SOEP die risikofreudigsten Einstellungen aufweisen) signifikante Unterschiede bestehen, dies als zielgerichtete Evidenz für einen Zusammenhang zwischen dem Beruf des Politikers und der Risikoeinstellung gewertet werden kann.

¹⁴ Vgl. Tabelle 3 in Hess, M. et al. (2013), a. a. O.

¹⁵ Auch die Kontrollvariablen zeigen die erwarteten Zusammenhänge. Ältere Menschen und Frauen sind deutlich weniger risikofreudig als Jüngere und Männer. Hohes Vertrauen und hohe Bildung zeigen einen positiven Zusammenhang mit der Risikofreude.

„anders“, sprich risikoaverser, gehandelt hätte, und die gewählten Politiker folglich nicht den Willen der allgemeinen Bevölkerung repräsentieren.

Eine positive Sichtweise – für die die Autoren dieses Berichts werben – argumentiert hingegen, dass die sachgemäße Ausübung des Berufs des Politikers geradezu risikofreudige Einstellungen erfordert, da andernfalls wichtige gesellschaftliche Entscheidungen angesichts ständig vorhandener und kaum überschaubarer Risiken und gelegentlicher Gefahren überhaupt nicht mehr getroffen würden. Stagnation und gesellschaftlicher Stillstand wären die Folge.¹⁶

Diese Perspektive ließe sich auch mit evolutionstheoretischen Argumenten untermauern, denen zufolge die Risikofreude politischer Eliten das Gemeinwohl fördern kann, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen so gestaltet sind, dass die Risikofreude nicht in verant-

wortungslose Entscheidungen ausarten kann.¹⁷ Deswegen ist es so wichtig, dass die individuellen Interessen und Neigungen von (Berufs-)Politikerinnen und -politikern nur ein Aspekt der komplexen politischen Entscheidungsfindung sind. Die strukturellen Besonderheiten demokratisch verfasster politischer Systeme und die Tatsache, dass wichtige politische Entscheidungen in der Regel kollektiv getroffen werden und ihnen ausführliche Diskussionen in der Öffentlichkeit und in den Parlamentsausschüssen vorausgehen, schmälert den Einfluss der individuellen Risikoneigung im Plenum von Parlamenten und in Regierungen. Insofern dürfte die Kombination eines auf Diskussion und Konsens fokussierten politischen Systems mit den risikofreudigen Einstellungen individueller politischer Akteure gesellschaftlich optimal sein.

Zusammenfassend kann man aus polit-ökonomischer Sicht argumentieren, dass die unterschiedliche Risikofreude von Politikern und Wahlbürgern eine gelungene Arbeitsteilung darstellt, wenn Demokratie und Staatsverfassung als Begrenzung von Macht und überdurchschnittlicher Risikofreude effektiv funktionieren.

16 Wagner, G. G., a. a. O., 79: „Angesichts der großen Probleme der Welt können wir froh sein, dass es risikobereite Bauchpolitiker gibt. Die meisten von uns sind vor allem auf Sicherheit bedacht und scheuen das Wagnis. Von den schwierigen Entscheidungen, vor denen die Politik oft steht, würden wir Normalbürger gelähmt. Die Arbeitsteilung zwischen Politikern und dem gemeinen Volk hat also durchaus [...] ihren tieferen Sinn.“

17 McDermott, R., Fowler, J. H., Smirnov, O. (2008): On the Evolutionary Origin of Prospect Theory Preferences. *The Journal of Politics*, 70 (2), 335–350.

Moritz Heß ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am MZES (Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung) | moritz.hess@gess.uni-mannheim.de

Jürgen Schupp ist Leiter der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin | jschupp@diw.de

Christian von Scheve ist Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Forschungsprofessor am DIW Berlin | scheve@zedat.fu-berlin.de

Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des DIW Berlin | gwagner@diw.de

MEMBERS OF GERMAN PARLIAMENT MORE RISK-LOVING THAN GENERAL POPULATION

Abstract: The article analyzes the question of whether career politicians differ systematically from the general population in terms of their attitudes toward risk. A written survey of members of the 17th German Bundestag in late 2011 identified their risk attitudes, and the survey data was set in relation to respondents to the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) for the survey year 2009 (2002 through

2012). Compared with the population surveyed in the SOEP, members of the German parliament display a considerably higher general risk appetite, which is highly significant. For different areas of risk, last surveyed in the SOEP in 2009, the members of parliament had significantly stronger risk-loving attitudes across virtually all indicators and risk categories surveyed than the comparison groups of SOEP respondents.

JEL: D71, D78, H11, H70, P16, Z13

Keywords: Political decision making, risk aversion, German parliament, SOEP



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Alexander Eickelpasch
Prof. Dr. Martin Gornig

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.